

Der Staatsminister

SACHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ
Hospitalstraße 7 | 01097 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl

Telefon +49 351 564-1500
Telefax +49 351 564-1509

staatsminister@
smj.justiz.sachsen.de*

Aktenzeichen

(bitte bei Antwort angeben)
1040E/13/1115

Dresden,
22. Februar 2018

Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Wippel, AfD Fraktion
Drs.-Nr.: 6/12274
Thema: Amtshilfeersuchen der Justizbehörden an die Vollzugspolizei des Freistaates Sachsen

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welcher Art (z. B. Schutz, Gefangenentransport, Hilfe bei renitenten Gefangenen, Bewachung von Gefangenen) waren die Amtshilfeersuchen der sächsischen Justizbehörden in den Jahren 2016 und 2017? (Bitte angeben nach Jahr)

Amtshilfe im Sinne von Art. 35 Abs. 1 GG leisten die Polizeibehörden für sächsische Justizbehörden regelmäßig und in vielen Bereichen. Insbesondere unterstützen Polizeibehörden die Justizbehörden bei Gefangenentransporten, bei der Absicherung von Gerichtsverhandlungen, bei der Vorführung von Verfahrensbeteiligten zu Gerichtsterminen, bei der Bewachung von Gefangenen anlässlich medizinischer Ausführungen, bei der Sicherung des Außenbereichs von Gerichtsgebäuden, bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen und bei Zustellungen.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
der Justiz
Hospitalstraße 7
01097 Dresden

Briefpost über Deutsche Post
01095 Dresden

www.justiz.sachsen.de/smj

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit
Straßenbahnlinien
3, 6, 7, 8, 11

Parken und behinderten-
gerechter Zugang über
Einfahrt Hospitalstraße 7

*Zugang für elektronisch signierte sowie
für verschlüsselte elektronische Dokumente
nur über das Elektronische Gerichts- und
Verwaltungspostfach;
nähere Informationen unter
www.egvp.de

Amtshilfeersuchen der sächsischen Justizbehörden an Polizeibehörden werden jedoch nicht gesondert statistisch erfasst. Auch in den Akten werden Amtshilfeersuchen nicht vollumfänglich nachgehalten.

Um dem parlamentarischen Auskunftsinteresse möglichst weitgehend Rechnung zu tragen, wurden Umfragen unter den Bediensteten der Justizbehörden durchgeführt. Richter, Gerichtsvollzieher, Staatsanwälte, Justizwachtmeister, Justizvollzugsbeamte sowie sonstige Justiz- und Verwaltungsbedienstete der sächsischen Justizbehörden konnten über in den Jahren 2016 und 2017 gestellte Amtshilfeersuchen aus der Erinnerung berichten. Dazu wird auf die Anlagen 1 und 2 verwiesen.

Auch bei den sächsischen Polizeibehörden sind die erfragten Daten nicht mit zumutbarem Aufwand recherchierbar. Dennoch wurden zur Wahrung des Fragerechtes des Abgeordneten Recherchen bei den betroffenen Polizeidienststellen durchgeführt.

Es stellte sich heraus, dass Amtshilfeersuchen nicht einheitlich erfasst werden. Zur Beantwortung der Fragen würde eine Suche in verschiedenen Datensystemen notwendig sein.

Dies ist zum einen das Einsatzleitsystem (ELS). Recherchen im ELS sind nur sehr eingeschränkt möglich, automatisierte Auswertungen sind nicht vorgesehen. Allein für den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Dresden ergab eine Recherche für das Jahr 2016 2.915 Treffer und für das Jahr 2017 2.742 Treffer in der Einsatzkategorie „Amtshilfe“. Diese müssten einzeln aufgerufen, manuell gesichtet und nach den erfragten Kriterien aufbereitet werden. Legt man pro Einsatzbericht einen Arbeitszeitaufwand von mindestens fünf Minuten zu Grunde, ergibt sich ein Zeitaufwand von insgesamt 471,42 Stunden (59 Arbeitstage).

Darüber hinaus werden im System Planung/Einsatz/Statistik (PES) planmäßige Maßnahmen erfasst. Recherchen im PES ergaben für das Jahr 2016 409 Datensätze und für das Jahr 2017 410 Datensätze in der Einsatzkategorie „Amtshilfe, Vollzugshilfe“ nur für den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Dresden. Diese müssten einzeln geöffnet und manuell nach den erfragten Kriterien ausgewertet werden. Bei Zugrunde-

gung von mindestens fünf Minuten Bearbeitungszeit pro Datensatz ergäbe sich ein zeitlicher Aufwand von weiteren rund 68 Arbeitsstunden (8,5 Arbeitstage).

Ungeplante, sogenannte Ad-hoc-Einsätze, sind im PES nicht enthalten. Sie können im ELS und/oder der Integrierten Vorgangsbearbeitung (IVO) erfasst sein. Es würde sich demnach ebenso eine Recherche in IVO unter den Vorgangskriterien „Gefahrenabwehr“, „sonstiges Vorkommnis“ und „Ermittlungersuchen“ notwendig machen. Sind hierzu keine Spezifizierungen eingetragen, ist es erforderlich, die einzelnen Vorgangnummern zu öffnen und manuell zu sichten. Darüber hinaus ist auch eine Betrachtung der Posteingänge und der Revierlagefilme notwendig, da die Ersuchen mitunter sehr kurzfristig eingehen und teilweise nur in den Lagefilmen erfasst werden. Diese erforderlichen Maßnahmen betreffen einen abgefragten Zeitraum von zwei Jahren und bedeuten die Durchsicht der Lagefilme von über 700 Tagen. Da die Mannstunden nicht spezifisch erfasst werden, bedürfte es darüber hinaus einer händischen Durchsicht der Eintragungen und einer Auszählung.

Um Dopplungen auszuschließen, wäre anschließend ein manueller Abgleich der Daten erforderlich, da eine Verknüpfung der Systeme nicht vorgesehen ist.

Daraus ergibt sich, dass die Beantwortung auf diesem Weg nur unter Zurückstellung von Kernaufgaben des Polizeivollzugsdienstes zu leisten ist. Zur vollständigen Beantwortung der Frage ist auf der Basis der bisherigen Erfahrungen der Einsatz mehrerer Sachbearbeiter in allen Polizeidirektionen des Freistaates Sachsen über einen mehrere Tage währenden Zeitraum erforderlich. Personal, welches die Bearbeitung der Kleinen Anfrage zu leisten hätte, stünde für diesen Zeitraum für seine originären Aufgaben nicht bzw. nur eingeschränkt zur Verfügung.

Gemäß Artikel 51 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist die Staatsregierung verpflichtet, Fragen einzelner Abgeordneter oder parlamentarische Anfragen nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten. Nach dem Grundsatz der Verfassungsorgantreue ist jedes Verfassungsorgan verpflichtet, bei der Ausübung seiner Befugnisse den Funktionsbereich zu respektieren, den die hierdurch mitbetroffenen Verfassungsorgane in eigener Verantwortung wahrzunehmen haben. Dieser Grundsatz gilt zwischen der Staatsregierung und dem Parlament sowie seinen

einzelnen Abgeordneten, so dass das parlamentarische Fragerecht durch die Pflicht des Abgeordneten zur Rücksichtnahme auf die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Staatsregierung begrenzt wird. Die Staatsregierung muss nur das mitteilen, was innerhalb der Antwortfrist mit zumutbarem Aufwand in Erfahrung gebracht werden kann (vgl. SächsVerfGH, Urteil vom 16. April 1998, Vf. 14-1-97).

Die Staatsregierung kam bei der vorzunehmenden Abwägung zwischen dem parlamentarischen Fragerecht einerseits und der Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Staatsregierung andererseits zu dem Ergebnis, dass eine Beantwortung der Frage über die gemachten Angaben hinaus auch unter Berücksichtigung des hohen Rangs des parlamentarischen Fragerechts unverhältnismäßig und ohne erhebliche Einschränkung nicht vollständig zu leisten ist.

Frage 2:

Wie viele der Ersuchen aus der Antwort auf die Frage 1 wurden an welche Polizeidirektion gerichtet und wurden mit wie vielen Mannstunden erfüllt? (Bitte aufschlüsseln nach Jahren, PD, Art des Ersuchens und Mannstunden je Ersuchensart)

Zur Beantwortung der Frage wird auf die Antwort zur Frage 1 sowie die Anlagen 1 und 2 verwiesen. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Mannstunden je Ersuchensart und damit der Personaleinsatz der Polizei in den sächsischen Justizbehörden nicht dokumentiert werden. Soweit in den Anlagen 1 und 2 dazu Angaben gemacht wurden, beruhen diese auf den Erinnerungen und Schätzungen der Bediensteten der Justizbehörden. Da zu den Mannstunden in den Justizbehörden weitgehend keine Angaben gemacht werden konnten, entspricht die Anzahl der angegebenen Mannstunden je Ersuchensart nicht der für die aus den Anlagen 1 und 2 ersichtlichen Amtshilfeersuchen an die sächsischen Polizeibehörden tatsächlich notwendigen Mannstunden.

Frage 3:

**Wie vielen Amtshilfeersuchen aus Frage 1 konnte nicht entsprochen werden?
(Bitte Angabe nach Jahren, PD und Art des Ersuchens)**

Zur Beantwortung der Frage wird auf die Antwort zur Frage 1 sowie die Anlagen 1 und 2 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Gemkow

Anlage

2 Tabellenblätter

Amtshilfeersuchen der Justizbehörden an die Vollzugspolizei des Freistaates Sachsen

Kalenderjahr 2016

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Dresden	Gefangenentransport	3	k.A.	3
	Absicherung von Gerichtsverhandlungen	20	52	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	21	42	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	53	16	16
	Zustellungen	2	1	k.A.

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Leipzig	Gefangenentransport	8	24	k.A.
	Absicherung von Gerichtsverhandlungen	37	k.A.	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	24	60	k.A.
	Bewachung von Gefangenen bei medizinischen Ausführungen	3	k.A.	k.A.
	Sicherung des Außenbereichs von Gerichtsgebäuden	7	1	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	16	53	k.A.

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Chemnitz	Gefangenentransport	6	k.A.	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	1	4	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	8	20	k.A.

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Görlitz	Gefangenentransport	3	20	k.A.
	Absicherung von Gerichtsverhandlungen	4	k.A.	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	8	k.A.	k.A.
	Sicherung des Außenbereichs von Gerichtsgebäuden	2	k.A.	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	34	23	k.A.
	Zustellungen	20	k.A.	k.A.

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Zwickau	Gefangenentransport	3	2	k.A.
	Absicherung von Gerichtsverhandlungen	8	10	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	261	558	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	26	30	2

Amtshilfeersuchen der Justizbehörden an die Vollzugspolizei des Freistaates Sachsen

Kalenderjahr 2017

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Dresden	Gefangenentransport	5	36	2
	Absicherung von Gerichtsverhandlungen	13	29	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	20	41	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	159	34	3
	Zustellungen	2	1	k.A.

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Leipzig	Gefangenentransport	6	24	k.A.
	Absicherung von Gerichtsverhandlungen	23	16	1
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	26	64	k.A.
	Bewachung von Gefangenen bei medizinischen Ausführungen	1	k.A.	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	18	22	k.A.

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Chemnitz	Gefangenentransport	4	k.A.	k.A.
	Absicherung von Gerichtsverhandlungen	2	10	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	50	k.A.	10
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	21	16	k.A.

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Görlitz	Gefangenentransport	23	576	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	9	6	k.A.
	Bewachung von Gefangenen bei medizinischen Ausführungen	3	102	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	29	15	k.A.
	Zustellungen	20	k.A.	k.A.

Amtshilfeersuchen der Justizbehörden an die Vollzugspolizei des Freistaates Sachsen

Kalenderjahr 2017

Polizeibehörde	Art des Ersuchens	Anzahl	Mannstunden je Ersuchensart	Anzahl der nicht entsprochenen Ersuchen
Polizeidirektion Zwickau	Gefangenentransport	1	k.A.	k.A.
	Absicherung von Gerichtsverhandlungen	27	50	k.A.
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten bei Gerichtsterminen (außer Gefangenen)	258	558	k.A.
	Unterstützung des Gerichtsvollziehers bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	122	23	7